

Das Wendewort dürfte **Ankommen** sein. Es gilt aber nach wie vor. Solange Merkel, Wagenknecht und all die anderen befähigten Genossen in der *Demokratie* ankommen; *USPD, Grüne, PDS* in deren kriegstrunkener Mitte; Lauterbachs Impfmahnbriefe in unseren Hausbriefkästen; die Kinder in der Erwachsenenwelt und die Querulanten in der Vernunft, ist die Welt in Ordnung. *Ankommen* schließt in der Regel Fluchten, Ausstiege, Revolten ab. Die Ausreißer sind wieder da. Der Angekommene ist erfolgreich angepaßt worden. Jetzt kommt er beim Publikum gut an.

In meinem westdeutschen *Duden* von 1983 ist das Wort in der besagten metaphorischen Bedeutung nicht zu finden. Was wir im christlichen Abendland bis dahin kannten, war vielleicht die Ankunft des Heilands. Von den Marxisten getreulich ins Soziologische übertragen, sorgte die Lehre von der Ankunft selbst in der DDR für Tröstung, während das Volk über den Tisch gezogen wurde. Denn im Zeichen des christlich-marxistischen Fortschrittsdenkens läßt sich jeder Blaue Fleck und jede Schweinerei rechtfertigen, weil es ja immer nur besser werden kann. Die Geschichte marschiert unbeirrt auf unser Heil los – und nicht etwa heillos. Da war die »Wiedervereinigung« schon fast das Paradies. Später kamen 98 Prozent aller linken SchullehrerInnen im Wahn der sogenannten Pandemie an. Man darf diese Charakterruienen aber nicht MitläuferInnen schimpfen, weil man sonst wegen »Verharmlosung des Nationalsozialismus« vor Gericht kommt. Vor die Söhne und Enkel der Nazi-RichterInnen.

Ein prominenter vorbildlicher Ankommer war bereits der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder gewesen. 1980 noch amtierender *Juso*-Vorsitzender, schrieb er im Sammelband* *Die Linke*, hinter der »Globalisierung« verberge sich »nichts anderes als eine Neuauflage des amerikanischen Imperialismus der 50er und 60er Jahre.« Mit dieser »Wahnsinnstrategie Solidarität« zu üben, verstoße gleichermaßen gegen bundesdeutsche Interessen wie gegen die Belange weltweiter Friedenspolitik. Nebenbei beklagte er die Sitte der tonangebenden westdeutschen Blätter, die SU in Karikaturen wieder als blutrünstigen Bären zu geben, und verurteilte die entsprechende Bonner »Konfrontations- und Boykottpolitik«. Ins gleiche Horn soll der *SPD*-Vorsitzende Rudolf Scharping noch um 1993 geblasen haben. Die Forderung, auch die Deutschen müßten endlich wie alle anderen überall auf der Welt militärisch intervenieren können, lehne die *SPD* ab. Sechs Jahre später machte Schröders Kriegsminister Scharping den bahnbrechenden Nato-Überfall auf Jugoslawien mit. Als Bush 2001 nach dem Einsturz der Zwillingstürme seinen »Krieg

gegen den Terror« lostrat, versicherte ihm Schröder umgehend Deutschlands »uneingeschränkte Solidarität« – der Wahnsinn war schon zur Methode mutiert. Scholz und Baerbock brauchten ihn lediglich zu kopieren. Wer sie »YankeearschkriecherInnen« nennen würde, bekäme nicht Post von Lauterbach, vielmehr vom jeweils zuständigen Staatsanwalt.

Nebenbei festgehalten: Als die halbe Welt im Frühjahr 2014 Wladimir Putin wegen seiner »völkerrechtswidrigen« Krim-Anschluß-Pläne verdammt, konterte Altkanzler Schröder auf einer *Zeit*-Veranstaltung in Hamburg ungewohnt selbstkritisch: »Er handelt wie ich ... Da haben wir [1999] unsere Flugzeuge nach Serbien geschickt und die haben zusammen mit der Nato einen souveränen Staat gebombt – ohne dass es einen Sicherheitsratsbeschluss gegeben hätte.« So laut einem *FAZ*-Bericht vom 10. März 2014.** Ich wüßte nicht, daß dieses eigentlich sensationelle Geständnis eines »Völkerrechtsbruches« die Republik aufgewühlt und Schröder vor den Kadi gebracht hätte. Vielmehr dürften auch die *grünen* WortführerInnen, die jetzt Krieg machen, nicht über Achselzucken und Grinsen hinaus gekommen sein.

Ich nehme stark an, in seinen *Juso*-Anfängen hatte Schröder auch die farbenprächtig gestaltete Broschüre*** von 1947 *Sozialismus als Gegenwartsaufgabe* verschlungen. Schon bezeichnend überwiegend in einem kalten Grün gehalten, leuchtet einem nur das Wort »Sozialismus« in flammendem Rot vom Titelblatt entgegen. Es war ein Frühwerk des jungen schwäbischen Landrates und Sozialdemokraten Fritz Erler. Es kreist um die Erkenntnis: »Kapitalismus bringt Krisen, und Krisen bringen Krieg.« Konsequenter spricht sich Erler deshalb auch gegen die Blockbildung und Westbindung aus. Deutschland dürfe sich »keiner Seite in die Arme werfen und zum Streite hetzen, es muß das Bindeglied zwischen beiden sein.« Lesen Sie dieses Gesäusel nie Baerbock vor, sie bekäme einen Tobsuchtsanfall!

Wie aber erleben wir Erler, inzwischen Bundestagsabgeordneter, wenige Jahre später? Als Vorkämpfer all dessen, was er in seiner 52seitigen Broschüre angeprangert hatte. Darunter befand sich selbstverständlich auch das Privateigentum an Produktionsmitteln, bevorzugt in der Rüstungsbranche. Im Lauf der 50er Jahre begrüßte Erler Wiederbewaffnung und Nato-Beitritt und schwang sich zum »außen- und wehrpolitischen Sprecher« seiner Partei auf. 1964 auch Bonner Fraktionschef der *SPD*, wurde er bald als kommender »Verteidigungsminister« oder gar Kanzlerkandidat gehandelt. Das konnte nur durch eine Krebserkrankung verhindert werden, der Erler 1967 mit 53 Jahren erlag.

Vor knapp 10 Jahren überwarf ich mich bei einem Wiedersehen mit einem ehemaligen Mitkommunarden. Ich hatte ihm gestanden, die offizielle 9/11-Version (muslimische

Selbstmörder greifen USA an) nach wie vor für eine faustdicke Lüge zu halten; irgendwie hätten die Yankees das Ding selber gedreht. Da machte er große Augen und zeigte mir einen Vogel. Überhaupt sei mein Festhalten an anarchistischen Positionen wirklich »Kinderkram«, fügte er hinzu. Das war zuviel. Ich ließ den Freund kurzerhand sitzen. Daß die Welt für Nichtankommer rasch schmaler und schneidender wird als ein Tellerrand, läßt sich allerdings nicht bestreiten.

∞ Verfaßt 2022

* Hrsg: Gremliza/Hannover, VSA-Verlag, Hamburg 1980. Der Beitrag von Schröder hieß »Die Linke vor der Alternative: Krieg oder Frieden«, siehe bes. S. 189–91.

** Günter Bannas, »Er handelt wie ich«, <http://www.faz.net/ukraine-gerhard-schroeder-erklaert-putins-politik-12840337.html>, 10. März 2014

*** Neckar-Verlag Herbert Holtzhauer, Schwenningen 1947, bes. S. 21 + 46

•

Im Jenseits angekommen, durfte sich der junge Rebell rühmen, der erste zu sein. Man wußte natürlich gleich, worauf er anspielte: der erste von verschiedenen »gefallenen« Demonstranten der neuen und zukünftigen BRD. Eine Polizeikugel hatte ihn am 11. Mai 1952 in Essen bei Protesten gegen die westdeutsche Wiederbewaffnung getroffen – tödlich. Da war der aus München angereiste Eisenbahnarbeiter **Philipp Müller** (1931–52) erst 21 gewesen. Obwohl die Stadt im Verein mit dem Landesinnenministerium die Proteste unter fadenscheinigen Begründungen gleichsam in letzter Minute verboten hatte und dadurch die Anreisewilligen verwirrte und einschüchterte, waren es wahrscheinlich immer noch rund 30.000 Antimilitaristen, die die Kruppstahl-Metropole »unsicher« machten. Diese Zahl nannte sogar der Staatsanwalt.

In Wahrheit ging die »Unsicherheit« jede Wette von den Ordnungskräften aus. Bonn und Düsseldorf wünschten Krawalle, zwecks Verleumdung der antimilitaristischen Bewegung, und boten deshalb Polizei in furchterregenden Mengen, vermutlich auch schon die bis heute beliebten Lockspitzel auf. Nach der gründlichen Darlegung eines linken Journalisten*, der damals vor Ort war, flogen zwar Steine, doch bei sämtlichen 283 festgenommenen Demonstranten wurde nicht eine Pistole gefunden. Vielmehr sei das Feuer nach einem entsprechenden Befehl des Kölner Kommissars Knobloch von der Polizei eröffnet worden. Dabei erwischte es zufällig Müller – ob von vorn oder hinten, ist so umstritten und ungeklärt wie die Frage, ob er bei seinem rohen Abtransport womöglich

noch lebte. Drei andere Demonstranten, aus Kassel, Münster und Pinneberg angereist, wurden überdies durch Polizeikugeln verletzt. Nach der amtlichen Version hatten jedoch die Demonstranten zuerst geschossen. Als diese Lüge nicht mehr zu halten war, erläuterte der Düsseldorfer Ministerpräsident und Parteifreund Adenauers Karl Arnold sinngemäß, der Andrang der Menge sei derart gewaltdtätig gewesen, daß er allein durch Schlagstockgebrauch nicht hätte gebrochen werden können. Entsprechend billigte das Landgericht Dortmund den Polizisten im Oktober 1952 Notwehr zu. Auch dies wurde von etlichen Augenzeugen widerlegt, die zum Teil ihrerseits von der Polizei verprügelt worden waren, um ihre Aussagefreudigkeit zu dämpfen. Statt also auch nur einen Uniformierten zu belangen, wurden gegen 11 Jugendliche wegen Aufruhrs und Landesfriedensbruch zusammen genommen 76 Monate Knast verhängt.

Wie sich versteht, ereiferten sich die herrschenden Kreise über die Umtriebe einer *SED/FDJ*-gesteuerten »kleinen radikalen Minderheit«. Die systemfeindlichen Kräfte hätten auch keine Bedenken, Jugendliche »mit Schußwaffen auszurüsten«, wie die vielgelesene Tageszeitung *Die Welt*, laut Nelhiebel, gleich am 12. Mai gegeistert hatte. In Wahrheit waren Kriegsmüdigkeit und Antimilitarismus damals noch weit verbreitet. Obwohl Bonn im April 1951 das Verbot einer unter Führung von Pastor Martin Niemöller geforderten Volksabstimmung zur Wiederbewaffnung verfügt hatte, sprachen sich bis zum März des Folgejahrs mehr als neun Millionen BRD-Bürger gegen die Remilitarisierung aus.** In dieser Hinsicht waren es schöne Zeiten. Keine 50 Jahre später flogen »rotgrün« lackierte Bomber selbst unter dem Beifall zahlreicher »linker« Prominenz gegen Belgrad.

Nach dem ermordeten Philipp Müller (dessen frischangeheiratete Frau Ortrud, geborene Voß, nebst einem Säugling in Ostberlin lebte) waren in der DDR zahlreiche Straßen oder Einrichtungen unterschiedlichster Art benannt worden. Auch in Halle gab es eine Philipp-Müller-Straße – allerdings nur bis 2012. Seitdem heißt sie **Willy-Brandt-Straße**. Der Unterschied zwischen hochherzigem und schäbigem Siegerverhalten war der Stadtratsmehrheit von Halle vielleicht nicht bekannt. Oder wollte man hier eine »klammheimliche« Verbindung nicht nur zu Brandts sogenanntem *Radikalenerlaß*, sondern auch zum Ende Benno Ohnesorgs herstellen? Damals, 1967, war Brandt in Bonn Außenminister und Vizekanzler gewesen. Sein Radikalenerlaß führte übrigens zu großangelegter Schnüffelei im Öffentlichen Dienst und mindestens 2.000 Berufsverboten – selbstverständlich ganz überwiegend gegen Linke ausgesprochen. Den Vietnamkrieg duldete Brandt. Gleichwohl werden gewisse Internet-Portale nicht müde, Brandts Status als sozialdemokratischer Säulenheiliger besonders mit der Behauptung zu verteidigen, er habe großartige »Entspannungspolitik« betrieben. Die kann dem *Weißten Haus* kaum verhaßt gewesen sein, heißt es

doch in Tim Weiners umfangreicher *CIA*-Geschichte von 2007, die Yankees hätten während des ganzen Kalten Krieges »heimlich« [antikommunistisch gestimmte] Politiker in Westeuropa geschmiert – darunter »der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt« ...

∞ Verfaßt 2018

* Kurt Nelhiebel, »Anatomie eines Lügenkomplotts / Über die Erschießung von Philipp Müller – fünfzehn Jahre vor Benno Ohnesorg«, in: Conrad Taler, *Gegen den Wind, Geschichten und Texte zum Zeitgeschehen 1927–2017*, Köln 2017: https://web.archive.org/web/20181225125933/https://www.kurt-nelhiebel.de/images/downloads/K_Nelhiebel_Lgenkomplott.pdf

** Hubert Reichel, »Ein Schießbefehl aus Bonn«, *Ossietzky* 8/2002: <https://www.sopos.org/aufsaetze/3cd2de4556292/1.phtml.html>

•

Zum Schaffen des koreanisch-stämmigen Komponisten **Isang Yun** (1917–95), zuletzt Professor an der Westberliner Musikhochschule, teilt *Brockhaus* mit, er habe westliche avantgardistische Techniken mit chinesisch-koreanischen Traditionen verschmolzen. »Im Zentrum seiner Klangfarbenkompositionen steht das Ideal des fließenden Klangstroms, das er aus dem Geist des Taoismus verstanden wissen will. Dabei werden die Tonhöhen nicht wie in der westlichen Tradition als melodiebildende Intervalle, sondern als Teile eines in den Einzeltönen bereits angelegten Ganzen begriffen und in ständigen Wiederholungen akkordisch zum Hauptklang entfaltet.« Das klingt in meinen Ohren nicht unbedingt danach, Yun habe sich gottseidank dem zeitgemäßen groben Unfug der melodie- und gestaltfeindlichen »Neuen Musik« entzogen – aber ich will diesen künstlerischen Gesichtspunkt vernachlässigen. *Brockhaus* ist nämlich kritisch und mutig genug, eine politische Katastrophe zu erwähnen, die um 1967, also eher am Beginn seiner Laufbahn, über Yun hereinbrach. Das Lexikon verzichtet lediglich auf Nennung jener führenden westdeutschen PolitikerInnen, die die Katastrophe zumindest duldeten, wenn nicht sogar förderten. In dieser Hinsicht nimmt jedoch der Rechtsanwalt Heinrich Hannover kein Blatt vor den Mund. Er war damals Interessenvertreter des verfolgten Komponisten und schilderte den Fall später ausgiebig in seinen Erinnerungen.*

Es begann mit einem echten Geheimdienstcoup. 1967 wurden fast schlagartig 17 in Westdeutschland lebende Koreaner mit Arglist, Bedrohung und Gewalt aus ihren Wohnungen gelockt, darunter Yun. Er hatte in Paris und Westberlin studiert und bereits einen gewissen Namen. Dann wurden die Gekaperten, von Behörden unbehelligt, in verschiedene Flugzeuge und nach Seoul, Südkorea, verfrachtet. Es lag auf der Hand, ohne Zuarbeit

des deutschen Geheimdienstes wäre dieser Coup unmöglich gewesen. In Seoul eingesperrt, warf man den Entführten kommunistische Umtriebe vor, darunter die anrühigen »Kontakte« nach Nordkorea oder wenigstens nach Ostberlin und also den beliebten »Landesverrat«, und quälte und folterte sie entsprechend. In der Tat erpreßte man so die üblichen »Geständnisse« von ihnen. Nebenbei war Yun schwer herzkrank und sah sich mehr als einmal dem Tode nahe. Überdies hatte man auch seine Gattin nach Seoul verschleppt, um die er nun zu bangen hatte.

1968/69 wurden gegen die mehr oder weniger demokratisch gesinnten Landsleute Prozesse inszeniert. Wie Hannover nachweist, taten die deutschen Behörden und Regierungsstellen unter der Hand alles, um wirkungsvolle Einsprüche und die Rückführung der Entführungsoffer zu verhindern. Letztlich war hier Sozialdemokrat **Willy Brandt** hauptverantwortlich, damals Bundesaußenminister. Hannover führt auch den Legationsrat Dr. Bassler aus dem Außenministerium und den damaligen Bundesanwalt Kammerer namentlich an. Bonn war eben eine bedeutende antikommunistische Bastion der Westlichen Wertegemeinschaft im »Kalten Krieg« und konnte es sich nicht leisten, das Weiße Haus – oder auch nur den südkoreanischen Staatschef Park zu verärgern, dem der unselige Bundespräsident Lübke gerade das Bundesverdienstkreuz umgehängt hatte. Allerdings gab es damals breite Proteste gegen die Entführungen und die Bonner Vertuschungspolitik. Für Yun setzte sich auch jede Menge Prominenz aus dem Musikleben ein. Wahrscheinlich nur deshalb raffte sich Seoul im März 1969 zu »Begnadigungen« auf. Ursprünglich waren ein Todesurteil und lange Haftstrafen verhängt worden. Nun wurde auch Yun, nach 21 Monaten übelster Haft, aus dem Gefängnis entlassen. Man hatte natürlich alle zum »Stillschweigen« verpflichtet. Andernfalls hätten es Angehörige und Freunde auszubaden, wurde ihnen bedeutet. Yun kam erst nach Jahren einigen Schriftstellern gegenüber auf seinen Leidensweg zurück. Nebenbei kommt es schon fast einem Wunder gleich, wenn der geängstigte und geschundene herzkrankte Mann unter diesen Umständen noch fast 80 Jahre alt geworden ist.

Für Hannover steht außer Zweifel: Bonn hatte sich zahlreiche Demütigungen durch Seoul vor allem deshalb gefallen lassen, weil deutsche Stellen, die eigenen Leute also, an den Entführungen beteiligt gewesen waren. Es hatte Dreck am Stecken, es war erpreßbar. Deshalb keinen nachdrücklichen Rücküberstellungsantrag, deshalb keine Streichung von Entwicklungshilfe. Gleichwohl hätte eine Unabhängige Presse zumindest nach der Freilassung der Entführungsoffer auf einige TäterInnen und Hintermänner des Verbrechens weisen müssen. Aber Pustekuchen. Das Bonner Justizministerium hatte alle wesentlichen Akten mit Geheimvermerk versehen – und die Unabhängige Presse hütete sich, auf

Herausgabe zu pochen. »Inzwischen ist den Deutschen«, so Hannover abschließend im Jahr 2005, »der vorausseilende Gehorsam, der mit dem Wort *Staatsgeheimnis* eingefordert wird, mehr und mehr zur Gewohnheit geworden, so daß es kaum noch strafrechtlicher Sanktionen bedarf, um Schweigen über staatliches Unrecht zu erzwingen. So ist auch der Fall Isang Yun sang- und klanglos in Vergessenheit geraten.« Den Opfern des jüngsten Corona- und Kriegswahnes wird es nicht anders ergehen. Die *Ampel*-VerbrecherInnen gehen in Frührente und wienern emsig an ihren sauberen Biografien herum.

In jenem »funktionierenden Rechtsstaat«, der auch Hannover zeitlebens vor-schwebte, hätte Willy Brandt einen fetten Prozeß und mindestens lebenslänglich Haft bekommen. Nebenbei hätte er sich als Kiesingers Nachfolger auf dem Kanzlerthron (1969) die nächste Ohrfeige eingefangen. Statt dessen jedoch erzählen *Wikipedia* und Albrecht Müllers *NachDenkSeiten* aller Welt, Brandt sei der bedeutenste und ehrenvollste *SPD*-Politiker des 20. Jahrhunderts gewesen. Brandt war vor allem Karrierist, strammer Antikommunist und Knecht des Weißen Hauses. Bei Tim Weiner** könnte Müller auf Seite 400 lesen: »Den ganzen Kalten Krieg über hatte die Agency heimlich Politiker in Westeuropa mit finanziellen Zuwendungen unterstützt. Auf der Liste fanden sich der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt, der französische Premierminister Guy Mollet und jeder italienische Christdemokrat, der aus einer Landeswahl siegreich hervorgegangen war.« Hätte sich Kenner Weiner diese Vorwürfe aus den Fingern gezogen, hätte der *SPD*-Parteivorstand den S.-Fischer-Verlag schon längst auf Richtigstellung und Entschädigung verklagt. Geld können diese feinen Genossen immer gut gebrauchen.

∞ Verfaßt um 2022

* Heinrich Hannover, *Die Republik vor Gericht*, 1998/99, einbändige TB-Ausgabe Berlin 2005, S. 188–213

** Tim Weiner, *CIA*, New York 2007, deutsche Ausgabe bei S. Fischer Ffm 2008, S. 400 + 779/80

(Anmerkungen). Hier noch ein jüngerer Kandidat zum Verklagen: Sebastian Sigler,

<https://www.theeuropean.de/gesellschaft-kultur/so-wurde-willy-brandt-von-us-diensten-bezahlt>, 23.

September 2016.